

Bern, den 23. Oktober 1990

Informationsnotiz

An den Bundesrat

Mein Besuch in Oslo

Mein Treffen mit EG-Vizepräsident F. ANDRIESEN

1. Besuch in Oslo (17./18. Oktober 1990)

Ich beendete meine Tournee in den Hauptstädten der EFTA in Oslo, da ich am 17. Oktober als Vertreter des EFTA-Präsidiallandes zur Eröffnung der von Norwegen einberufenen Konferenz der Sozialpartner über die soziale Dimension der europäischen Integration zu sprechen hatte.

Ich führte Gespräche mit dem Premierminister Jan P. Syse, Handelsministerin Kaci Kullmann Five und dem aussenpolitischen Ausschuss des Storting unter dem Vorsitz von Frau Gro Harlem Brundtland.

Nach den Aussagen aller Gesprächspartner ist Norwegen mit den übrigen EFTA-Ländern darin einig, dass in den EWR-Verhandlungen ein politischer Durchbruch angestrebt werden sollte. Dieser dürfe aber nicht mit weiteren Vorleistungen der EFTA erkaufte werden. Vielmehr sei es nun an der EG, Konzessionsbereitschaft zu zeigen. Frau Kullmann-Five kritisierte auch in Anwesenheit der Presse mit deutlichen Worten das mangelhafte Engagement der Brüsseler Kommissionsdienste in diesen Verhandlungen. Premierminister Syse und Frau Gro Harlem Brundtland waren in dieser Hinsicht etwas zurückhaltender, indem sie zuerst einmal die Frage stellten, ob die EFTA-Länder wirklich bereits alles für sie Mögliche getan hätten, um die Verhandlungen voranzubringen.

Nach Premierminister Syse stellt sich die innenpolitische Lage in Norwegen wie folgt dar: Eine Mehrheit im Parlament stellt sich hinter das Ziel, ein "möglichst gutes EWR-Abkommen" auszuhandeln. Für den EG-Beitritt sind die Konservativen und die Fortschrittspartei, dagegen die Linksozialisten und die Agrarische Zentrumspartei. Die Christliche Volkspartei und die Arbeiterpartei sind in dieser Frage gespalten und verhalten sich neutral. Die Arbeiterpartei hat auf den Herbst 92 einen Entscheid angekündigt, doch verhält sich auf Seiten der Linken die Gewerkschaftsbewegung im Gegensatz zu Schweden sehr zurückhaltend. Für die Bauern wird alles vom GATT abhängen. Je nach Ergebnis der Uruguay Runde wird dies Auswirkungen auf die Integrationsdebatte haben, die auch durch die Entwicklung in Schweden beeinflusst wird. Je nach parteipolitischer Ausrichtung ist der EWR willkommen

als Zwischenstation auf dem Weg in die EG oder aber als Barriere, um den EG-Beitritt zu verhindern. Die öffentliche Meinung teilt sich in Norwegen weiterhin nach dem alten Muster auf, wonach ein Drittel für den Beitritt, ein Drittel dagegen und ein Drittel unentschlossen ist. Frau Kullmann-Five vertritt die Auffassung, dass Norwegen mit der Freizügigkeit der Personen keine allzu grossen Schwierigkeiten haben sollte.

Probleme dagegen schafft die sogenannte norwegische Konzessionsgesetzgebung, da diese Ausländer diskriminiert beim Erwerb von Grundbesitz und von Aktien. Die Zentrumsparterie will an dieser Gesetzgebung unbedingt festhalten. Die Regierung droht dieser Tage deswegen auseinanderzubrechen, da die Zentrumsparterie im Falle von norwegischen Zugeständnissen darin einen Bruch des Koalitionsabkommens sieht. Die Regierung sucht aber nach Möglichkeiten, eine weniger diskriminatorische Neuformulierung dieser Gesetzgebung zu finden. Auch die EG-Länder scheinen gewisse Schutzmechanismen gegen ausländische Investitionen aufrechterhalten zu können.

In Bezug auf die institutionellen Fragen erklärt Frau Kullmann-Five die verfassungsrechtliche Ausgangslage, die Norwegen ein Zwei-Pfeiler-Modell vorziehen lässt. Der Beitritt zu einer supranationalen Organisation wie sie mit einem auf einem Pfeiler beruhenden EWR angestrebt würde, müsste von einer 3/4 Mehrheit des Parlaments genehmigt werden und würde zusätzlich dazu Verfassungsänderungen bedingen, die nicht vor Ende 1993 bewerkstelligt werden könnten, da sich eine Verfassungsänderung hier zwingend über zwei Legislaturperioden erstreckt und es die Möglichkeit von vorgezogenen Neuwahlen nicht gibt.

Kurz kommt die Uruguay-Runde zur Sprache, wobei Frau Kullmann-Five die norwegische Offerte im Agrarbereich (20% Subventionsabbau, "green box" von 40% , Umstellung von Importkontingentierung auf Schutz der norwegischen Produktion durch Erhöhung der Zolltarife) vorstellt. Norwegen ist ähnlich wie die Schweiz exportabhängig und deswegen an einem Erfolg des GATT sehr interessiert. Einig sind sich beide Seiten, dass eine Wechselwirkung zwischen GATT und EWR besteht. Frau Kullmann-Five findet, dass im Falle eines erfolgreichen Abschlusses der Uruguay-Runde die Verhandlungen mit der EG leichter sein werden.

2. Treffen mit EG-Vizepräsident F. Andriessen

Hauptgesprächsthema waren der Stand und die Aussichten der EWR-Verhandlungen. Zusammenfassend muss leider gesagt werden, dass diese Aussprache keine neuen Fortschritte erkennen liess. Der Wille, die Verhandlung voranzutreiben besteht zweifellos bei Andriessen und seiner Equipe. Die Bekannten Hindernisse innerhalb von Kommission, Parlament und Rat (Mitgliedstaaten) lassen jedoch nur wenig Hoffnung auf konstruktive neue Vorschläge z. B. auf institutionellem Gebiet.

Ich fasste einleitend die Eindrücke zusammen, die ich auf meinen Reisen in die EFTA-Hauptstädte gesammelt hatte und unterstrich namentlich :

1. Den einhelligen Willen der EFTA-Länder, alles in ihrer Kraft liegende zu tun, um innerhalb eines Vernünftigen Zeitrahmens (Frühjahr 1991) zu einem guten EWR-Vertrag zu gelangen und das Zieldatum des 01.01.93 für das Inkrafttreten zu respektieren.
2. Gewisse Bewegungen in den öffentlichen Meinungen in den EFTA-Staaten, die den Sinn des EWR-Projekts in Frage stellen. Dem steht jedoch die klare Erkenntnis der Regierungen gegenüber, dass EWR und EG-Beitritt nicht Alternativen sind und nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Die weitere Zukunft bleibt ohnehin offen.

Dieses Entstehen der Regierungen für das EWR-Projekt erfordert jedoch, dass Zeichen der Hoffnung gesetzt werden.

3. Die Bereitschaft, die Liste der Ausnahmebegehren noch einmal kritisch zu prüfen, wobei in der Substanz auch klare Grenzen des Nachgebens sichtbar werden. Entscheidend ist jedoch, dass EG-seitig eine grössere Offenheit in institutioneller Hinsicht sichtbar wird. Hier bedarf die EFTA eines klaren Signals. Die EG-Kommission muss substantiellere Vorschläge auf den Tisch legen.

Ich stellte schliesslich die Frage nach den Chancen eines politischen Durchbruches noch im laufenden Jahr.

Andriessen teilte die Auffassung, dass die Zeit nicht für das EWR-Projekt arbeitet. Wir müssen im Frühjahr ein Ergebnis haben. Umgekehrt will Andriessen nicht recht einleuchten, was mit einem politischen Durchbruch ("breakthrough") gemeint ist. Was wir brauchen, ist der Beginn einer echten Verhandlung, in der ohne Vorbedingungen und taktische Verknüpfungen Schritt um Schritt Fortschritte erzielt werden. Die Ausnahmen vom Acquis Communautaire sind auf ein absolutes Minimum zu beschränken. An der anschliessenden Pressekonferenz bestätigte er überdies öffentlich die bereits bekannte EG-Haltung, wonach aus EG-Sicht keine permanenten Ausnahmen vom Acquis zulässig seien. Die EG-Seite wird gewiss noch weitere Ideen im institutionellen Bereich einbringen, aber es bestehen auch grosse Widerstände, z.B. im Europäischen Parlament. Selbstverständlich braucht es am Ende ein Gleichgewicht zwischen Institutionen und Substanz, aber jetzt einen "Link" herzustellen, kann nur zu Blockierung führen.

Im übrigen teilt Andriessen die Auffassung, wonach der EWR ein wesentlicher Bestandteil der Europäischen Architektur ist. EG wäre nicht in der Lage, jetzt zahlreiche weitere Mitglieder aufzunehmen.

Ich zeigte Verständnis für die Skepsis von Andriessen gegenüber dem Bild des politischen Durchbruchs. Dennoch fragte ich mich, ob die Verantwortlichen der 19 Länder und der Kommission den Verhandlungen nicht einen politischen Impuls (lies: Ministertreffen noch vor Ende Jahr) geben sollten. Andriessen gab seinem grossen Skeptizismus gegenüber dieser Idee Ausdruck. Obwohl seine Haltung eigentlich negativ ist, will er darüber noch mit der Italienischen Präsidentschaft (Aussenminister de Michelis) sprechen. Generaldirektor H. Krenzler warnte vor kontraproduktiver Wirkung ("Back-fire") eines Ministertreffens ohne Ergebnis. Das Risiko ist enorm. Die EFTA-Minister werden ihrerseits am Dienstag das für und wieder noch einmal erwägen.

Der Besuch wurde auch zu einem Meinungsaustausch über Stand der Uruguay-Runde benutzt. Andriessen gab sich ziemlich pessimistisch auch was die Fähigkeit der EG-Agrarminister anbelangt, sich heute in Luxemburg zu einigen. Die Italienische Präsidentschaft will vermeiden, dass Thema der EG-Gipfel vom 27.10.90 belastet.

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement